



WERT DER VORSORGENDEN RECHTSPFLEGE IN EUROPA

NOTARIAT Eine Studie bestätigte den Wert und die Bedeutung des Notariats in der Rechtspflege. Die 200 Teilnehmer an den Europäischen Notarentage waren nicht nur davon begeistert. Claus Reitan

Der Applaus im Europa-Saal hat ihn voll bestätigt: Michael Umfaher, Präsident der Österreichischen Notariatsakademie, zog eine beachtliche Bilanz, als er den Referenten der 27. Europäischen Notarentage für die Vorträge und den Panelists für die Diskussionen dankte. Mehr als 200 Teilnehmer waren im April an den traditionellen Tagungsort Salzburg gekommen, um alleine innerhalb des engen Programms sieben Stunden konzentriert über Leistungen und Bedeutung des Notariats und dessen neue Themen zu beraten, hatte die Tagung doch ein klare thematische Leitlinie: „Wert plus Mehrwert. Für Mensch und Wirtschaft. Vorsorgende Rechtspflege in Europa.“ Tatsächlich wurden Wert und Mehrwert des Notariats mit einer neuen Studie eindrucksvoll bestätigt.

Die erwartungsvolle Spannung aller Teilnehmer war spürbar, als Christian Helmenstein das erste von drei Panels eröffnete. Der Vorstand des Economica Instituts für Wirtschaftsforschung belegte mit seiner Studie empirisch „die Vorteile einer vorsorgenden Rechtspflege für die Effektivität von Justizsystemen“. In der international angelegten Studie wurden – unter anderem – die Systeme des angelsächsischen Common Law und des kontinentaleuropäischen Civil Law verglichen, ausgehend von einer unstrittigen These: Wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand beruhen auf der Akkumulation von Human- und von Sachkapital sowie auf Innovation. Damit ist Rechtssicherheit bedeutsam für alle drei Säulen wirtschaftlichen Wachstums, aber – und das ist wesentlich – die Rechtssicherheit „ist nicht zum Nulltarif zu haben“, wie Helmenstein zu den Grundlagen erläutert: „Dazu gibt es eine Vielzahl an Arbeiten“. Nun gehe es „um die empirische Dimension“, denn die Kosten für die Rechtssysteme würden sich aus privaten Ausgaben zum Ankauf direkter Rechts-

hilfe, aus den Versicherungskosten und aus den Kosten für Gerichte bzw. die Rechtsdurchsetzung zusammensetzen und in Österreich insgesamt den Anteil von einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreichen.

Was zeigen nun Analysen und Vergleiche dieser Studie?

- Steigt der Anteil an präventiven Rechtsausgaben, also an vorsorgender Rechtspflege, dann sinken die gesam-

Rechtspflege signifikant höher, was sich jedoch aus den Strukturen dieses Rechtssystems ergibt und nicht aus dem Umstand, dass international tätige Unternehmen ihre Hauptquartiere in diesen Ländern haben.

- Die staatlichen Kosten für die Klärung von Rechtsfragen sind in den neuen EU-Mitgliedsländern vergleichsweise hoch. Inwieweit diese Kosten mit dem jeweiligen Rechtssystem verbunden

„Die Studie von Christian Helmenstein zeigt die Vorteile einer vorsorgenden Rechtspflege und des Notariats. Bei mehr Vorsorge sinken die Kosten, ebenso bei steigender Anzahl an Notaren. Intraprofessionelle Konkurrenz steigert die Qualität.“

ten privaten und öffentlichen Ausgaben für die Rechtspflege.

- Mit einer steigenden Anzahl an Notaren sinken weiters die staatlichen bzw. die öffentlichen Kosten für die Rechtspflege.
- In den Ländern des Common Law sind zudem die Pro-Kopf-Ausgaben für die

sind, erfordert weitere Analysen.

Was aus dieser für Europa einmaligen und für das Notariat in Europa äußerst bedeutsamen Studie weiter hervorgeht, erläuterte Helmenstein dann in der Diskussion mit Niovi Ringou, stellvertretende Referatsleiterin in der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der

ERÖFFNUNG

Präsident Ludwig Bittner stellte zum Auftakt der 27. Europäischen Notarentage in Salzburg die leitende Frage: „Welcher Wert kommt der vorsorgenden Rechtspflege in unserer Gesellschaft zu? Welchen Mehrwert schafft sie für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen?“ Der in Europa gelegentlich kursierende Vorwurf des „red tape“, also teurer und wachstumshemmender Regeln, unterscheidet nicht mehr zwischen überflüssiger und sinnvoller Regulierung. Verliert das Notariat damit seine Bedeutung für die Gesellschaft? Die Antwort gab Bittner mit Fragen: „Doch warum legen neueste Studien den Schluss nahe, dass die vorsorgende Rechtspflege Justizsysteme nicht teurer und langsamer, sondern billiger und effizienter macht? Warum werden Notaren in der Bekämpfung von Geldwäsche, Unternehmensbetrug und Steuerhinterziehung weitere Aufgaben übertragen? Ist es nicht eher so, dass es in Zeiten einer explodierenden Zahl rechtlich hochkomplexer internationaler Lebenssachverhalte mehr denn je eines kompetenten Beraters bedarf? Nicht die vorsorgende Rechtspflege ist kompliziert, das Leben als solches ist es. Vorsorgende Rechtspflege ist ein Mittel, um komplizierte Dinge finanziell und rechtlich beherrschbar zu machen.“

Michael Umfahrer, Präsident der Österreichischen Notariatsakademie und Spiritus Rector der Europäischen Notarentage.



Europäischen Kommission.

„Wenn ein höherer Anteil an Notaren mit insgesamt niedrigeren Rechtskosten verbunden ist, dann sollte man eigentlich dem Notariat noch weitere Aufgaben und Zuständigkeiten übertragen“, folgerte der Wirtschafts-Wissenschaftler. Das würde nämlich „die Komplexität des Staates mildern und die Zivilgesellschaft sowie deren Freie Berufe stärken“. Welche Aufgaben das wären? Diese lägen im Familienrecht, vor allem wegen der zunehmenden Anzahl an Ehen und Partnerschaften mit unterschiedlicher natio-

te Helmenstein, allerdings nicht ohne eine wesentliche Ergänzung anzufügen: Etwas an „intraprofessioneller Konkurrenz“ wirke qualitätssteigernd, zugleich sei „sogar Spezialisierung“ erforderlich. Im Statement und im Gespräch mit Nivoni Ringou zeigte sich übrigens ein Mangel in den Erhebungen des EU-Justizbarometers: Es erfasst nicht die Rolle von Notarinnen und Notaren als Moderatoren, einer der wichtigsten Funktionen innerhalb einer vorsorgenden Rechtspflege. Wie schwer und wie schwierig eine nachträgliche Rechtspflege ist, zeigte sich am

„Wir bemerken einen gravierenden Stimmungswandel in den Mitgliedsstaaten. Es fehlt ihnen Geld. Die Ausnutzung von Steuerregeln wird nicht mehr hingenommen. Gegen ausufernde aggressive Steuervermeidung gibt es jetzt Massnahmen.“

naler Herkunft. Weitere neue Aufgaben ergäben sich aus der Digitalisierung der Wirtschaft und der Transaktionen, etwa bei einem automatisierten Bestellungs- und Zahlungsverkehr, denn „man sollte die Personen dahinter schon kennen“. Die Vorteile einer flächendeckenden Versorgung mit Notariaten „lassen sich aus der Studie direkt ableiten“, erläuterte

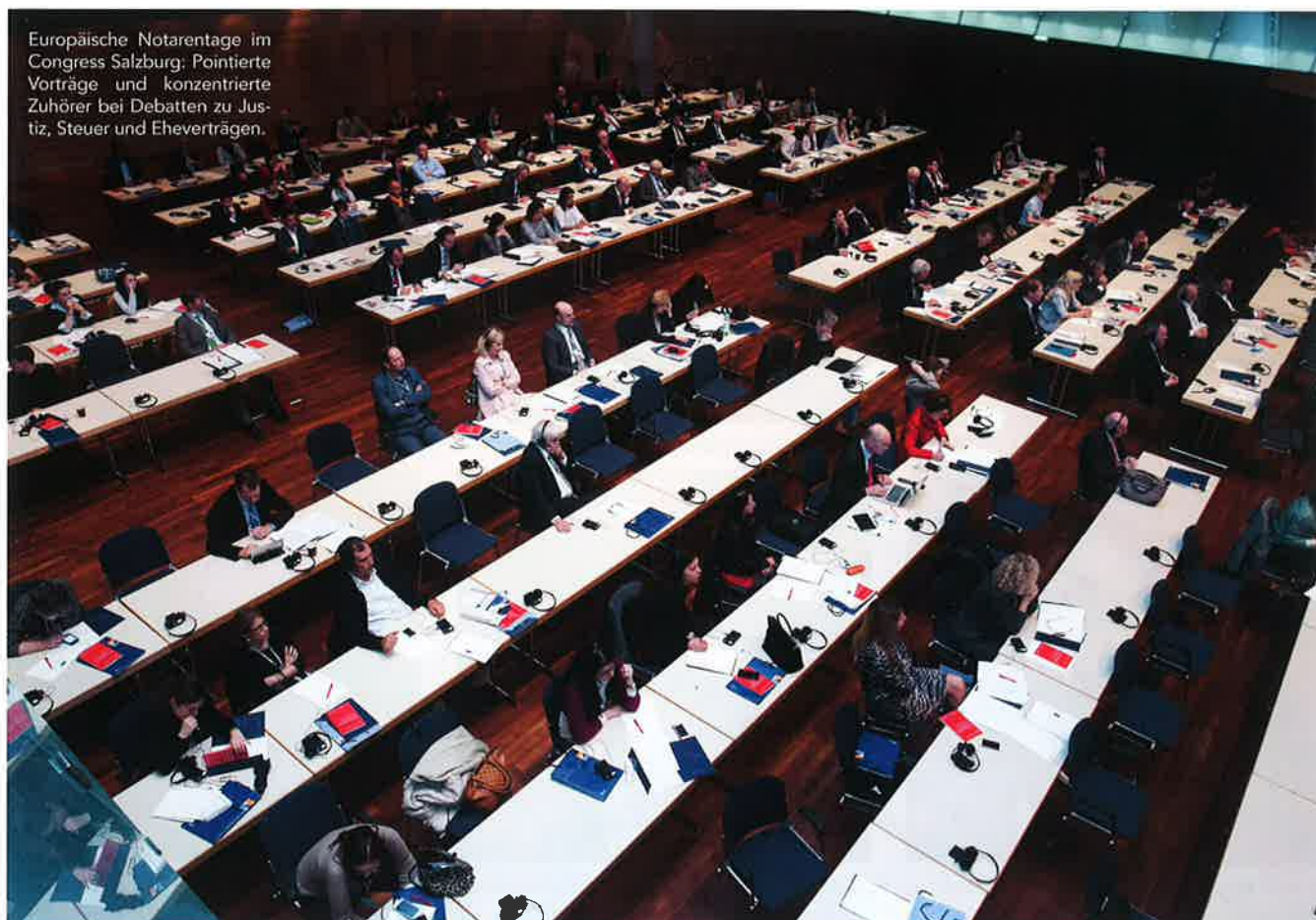
zweiten Thema der Europäischen Notarentage: „Steueroasen und Offshore Limiteds – welchen Beitrag leistet Europa in der Bekämpfung von Missbrauch und Steuervermeidung?“. Als prominenter und kompetenter Referent war Heinz Zourek geladen, Generaldirektor für Steuern und Zollunion in der Europäischen Kommission, der zur Einleitung

die europäische Dimension in heiterer Form anklingen ließ: „In welcher Sprache soll ich denn mein Statement halten? Deutsch, in Englisch oder in Französisch? Ich habe in jeder Sprache ein Referat mit“ fragte Zourek – eher rhetorisch. Er sprach dann frei und in Deutsch, für Übersetzungen war ohnedies gesorgt.

Die Brisanz und die enorme politische Bedeutung des Themas wurden von Zourek gleich zur Einleitung erläutert: „Wir bemerken seit zwei Jahren einen gravierenden Stimmungswandel in den Mitgliedsstaaten“, erklärte Zourek – trocken aber äußerst deutlich. „Es fehlt ihnen Geld. Die Ausnutzung von Steuerregeln wird nicht mehr hingenommen.“ Das sei zudem eine Frage der Fairness, da Klein- und Mittelbetriebe jene Vorteile nicht nutzen könnten, die den multinational tätigen Unternehmen zur Verfügung stehen. Daraus habe sich insgesamt ein Gesinnungswandel in den Nationalstaaten ergeben, sodass die OECD und die G20 sich auf einige Maßnahmen gegen die „ausufernde“ aggressive Steuervermeidung verständigt hätten.

So sollen einerseits die unterschiedlichen steuerlichen Regelungen untersucht und aneinander etwas angepasst werden, damit „Gewinnverlagerungen nicht mehr so einfach möglich sind“. Andererseits soll eine erhöhte Transparenz dazu führen, dass die Steuerbehörden „entsprechende Gegenmaßnahmen“ ergreifen können. Genau dazu habe die Europäische Kommission im März ein Transparenz-Paket vorgelegt, das zuvorderst eine Verschärfung gegenseitiger Informationspflichten der Mitgliedsstaaten vorsieht.

Man kann sich gegen eine Praxis nur wehren, wenn man sie kennt, daher sollen die „rulings“ - die verbindlichen Vorbescheide bzw. Auskünfte von Steuerbehörden – den anderen Staaten zur Verfügung gestellt werden, sobald diese einen grenzüberschreitenden Effekt haben. Sollte diese Staaten dann „daran etwas stören, können sie weitere Informationen und Gegenmaßnahmen verlangen“. In Brüssel werde jedenfalls noch heuer weiter beraten, wie sich ein „faires Steuerrecht konstruieren lässt“, obwohl dies nicht in



Europäische Notarentage im Congress Salzburg: Pointierte Vorträge und konzentrierte Zuhörer bei Debatten zu Justiz, Steuer und Eheverträgen.

die EU-Zuständigkeit fällt. Doch aus den genannten Gründen sei es inzwischen zu einem gentlemen agreement gekommen, ein „steuerschädigendes Verhalten nicht mehr zu akzeptieren“. Daher „sollten Gewinne dort besteuert werden, wo sie entstehen“, sagte Zourek, damit es nicht zu einem Ausweichen der Steuermasse komme. Die Kommission hat übrigens schon vor drei Jahren einen Vorschlag für eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage der Körperschaftssteuer vorgelegt. Die nationalen Steuerbehörden hätten einander früher „eher konkurrenziert“, doch inzwischen „fühlen sie sich von Steuerexperten übertölpelt“. Diese würden die Regeln ausnutzen, um „in der Form von Hybrid-Konstruktionen“ dann zu „einer doppelten Nicht-Besteuerung“ zu kommen. Nur wenig an Fortschritt zeigt sich hingegen in der grenzüberschreitenden steuerlichen Behandlung von Erbschaftsfällen. Dieser Bereich ist – ebenfalls – nicht harmonisiert, nur 33 von 341 Abkommen zur Doppelbesteuerung behandeln Schenkung und Erbschaft, wie Zourek berichtet: „Das ist wenig“. Das ist nicht das einzige Problem an der Sache: Die Kommission hat bereits 27 Verfahren wegen Vertragsverletzung gegen Staaten geführt, weil diese Immobilien im Ausland nach anderen Kriterien bewerten als im jeweiligen Inland. Alle Verfahren bis auf vier waren erfolgreich, denn Zourek erläutert: „Die Berechtigten sollen nicht in eine Lage kommen, wo Erben und Schenken völlig schwierig wird.“ Noch ist es aber so, wie sich auch beim dritten Panel der Notarentage zeigte, zu dessen Auftakt Paraskevi Michou, Generaldirektion Justiz und Verbraucher, referierte. Die enorme Vielfalt Europas in den jeweiligen Rechtssystemen und Rechtstraditionen zeigte sich beim Thema „Ehe- und Partnerschaftsverträge“ nochmals äußerst deutlich. Die Kommission habe dem Rat bereits vor zwei Jahren zwei Vorschläge vorgelegt, wie Regelungen über Heirat und über Partnerschaft etwas einheitlicher gestaltet werden könnten. „Viele Mitglieder sind begeistert, einige wenige sind kritisch“, sagte Michou. Es hätten sich

erlichen Behandlung von Erbschaftsfällen. Dieser Bereich ist – ebenfalls – nicht harmonisiert, nur 33 von 341 Abkommen zur Doppelbesteuerung behandeln Schenkung und Erbschaft, wie Zourek berichtet: „Das ist wenig“. Das ist nicht das einzige Problem an der Sache: Die Kommission hat bereits 27 Verfahren wegen Vertragsverletzung gegen Staaten geführt, weil diese Immobilien im Ausland nach anderen Kriterien bewerten als im jeweiligen Inland. Alle Verfahren bis auf vier waren erfolgreich, denn Zourek erläutert: „Die Berechtigten sollen nicht in eine Lage kommen, wo Erben und Schenken völlig schwierig wird.“ Noch ist es aber so, wie sich auch beim dritten Panel der Notarentage zeigte, zu dessen Auftakt Paraskevi Michou, Generaldirektion Justiz und Verbraucher, referierte. Die enorme Vielfalt Europas in den jeweiligen Rechtssystemen und Rechtstraditionen zeigte sich beim Thema „Ehe- und Partnerschaftsverträge“ nochmals äußerst deutlich. Die Kommission habe dem Rat bereits vor zwei Jahren zwei Vorschläge vorgelegt, wie Regelungen über Heirat und über Partnerschaft etwas einheitlicher gestaltet werden könnten. „Viele Mitglieder sind begeistert, einige wenige sind kritisch“, sagte Michou. Es hätten sich

Nur wenig an Fortschritt zeigt sich hingegen in der grenzüberschreitenden steuerlichen Behandlung von Erbschaftsfällen. Dieser Bereich ist – ebenfalls – nicht harmonisiert, nur 33 von 341 Abkommen zur Doppelbesteuerung behandeln Schenkung und Erbschaft, wie Zourek berichtet: „Das ist wenig“. Das ist nicht das einzige Problem an der Sache: Die Kommission hat bereits 27 Verfahren wegen Vertragsverletzung gegen Staaten geführt, weil diese Immobilien im Ausland nach anderen Kriterien bewerten als im jeweiligen Inland. Alle Verfahren bis auf vier waren erfolgreich, denn Zourek erläutert: „Die Berechtigten sollen nicht in eine Lage kommen, wo Erben und Schenken völlig schwierig wird.“ Noch ist es aber so, wie sich auch beim dritten Panel der Notarentage zeigte, zu dessen Auftakt Paraskevi Michou, Generaldirektion Justiz und Verbraucher, referierte. Die enorme Vielfalt Europas in den jeweiligen Rechtssystemen und Rechtstraditionen zeigte sich beim Thema „Ehe- und Partnerschaftsverträge“ nochmals äußerst deutlich. Die Kommission habe dem Rat bereits vor zwei Jahren zwei Vorschläge vorgelegt, wie Regelungen über Heirat und über Partnerschaft etwas einheitlicher gestaltet werden könnten. „Viele Mitglieder sind begeistert, einige wenige sind kritisch“, sagte Michou. Es hätten sich

BEGRÜSSUNG

In ihrer Begrüßung der internationalen Referentinnen und Gäste bei den Europäischen Notarentagen in Salzburg verwies Brigitta Pallauf, Präsidentin des Salzburger Landtages, auf die Bedeutung des Vertrauens. Einige Zitate aus ihren Grußworten: „In unser aller Alltagsleben sind wir laufend mit grenzüberschreitenden Sachverhalten konfrontiert und wird unser Leben dadurch von europäischen Normen beeinflusst. Ein weitgehend friktionsfreies europäisches Miteinander wird nur gelingen, wenn Rechtssicherheit besteht. Deshalb ist die Mitarbeit von rechtsanwendenden Berufsgruppen an der Weiterentwicklung des europäischen Rechtssystems von immenser Bedeutung. ... Gerade Ihr Berufsstand der Notare steht für Vertrauen, Verlässlichkeit und Sicherheit. Zuschreibungen, die gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten von großer Wichtigkeit sind. ... Vertrauen ist ein unschätzbare Wert und für das Zusammenleben unerlässlich. Vertrauen ist das eigentliche Bindemittel unserer Wissensgesellschaft. ... Vertrauen schaffen aber nur Persönlichkeiten. Es sind Sie als Notarinnen und Notare, die durch Ihre Arbeit Vertrauen in unser Rechtssystem begründen. Sie sind die Integrationsfiguren, Sie sind wahrnehmbar, unterscheidbar und verlässlich.“



Prominenz am Podium: Katharina Boele-Woelki (Universität Utrecht), Christian Helmenstein (Economica), Paraskevi Michou (GD Justiz und Verbraucher) sowie ...



... Niovi Ringou (Referatsleiterin Justizsysteme), Jean Tarrade (bis 2014 Präsident der französischen Notare) und Heinz Zourek (GD Steuern und Zollunion).

bereits die erforderlichen neun Mitglieder für eine enhanced cooperation, eine engere Zusammenarbeit, gefunden, doch sie suche weitere Zustimmung. Es ist, wie Katharina Boele-Woelki in der Diskussion mit Michou postulierte, „wirklich Vieles zu regeln“: Güterrecht, Scheidungsrecht, Unterhaltsfragen und Obsorge für die Kinder. Alleine die Antwort auf die Frage, wo sich nach einer Vereinbarung über Partnerschaft der gemeinsame gewöhnliche Aufenthalt befinde, sei ein Problem. Welches Recht gilt bei Partnern unterschiedlicher Herkunft? Von wem und wie werden diese Personen über das dann geltende Recht informiert, fragte Boele-Woelki, Vorsitzende der Kommission für Europäisches Familienrecht und Professorin an der Universität Utrecht.

Betroffene Personen drängen auf Antworten zu diesen Fragen, bestätigte denn auch Jean Tarrade, Präsident des Rates der Notariate der Europäischen Union (CNUE) und Notar in Paris: „Damit sind wir bei den zentralen Fragen angelangt. Die Bürger sind nicht mehr sicher. Die Notare wissen nicht mehr, welche Ratschläge sie in diesen Fällen erteilen sollen. Für Menschen aus den unterschiedlichen Ländern gibt es komplizierte Lagen aber wenig an Lösungen.“ Dem offensichtlich äußerst erfahrenen Notar Tarrade war anzumerken,

wie sehr ihn die berufliche Befassung mit dem Thema und die Begegnung mit betroffenen Menschen bewegt: „Wir sind für Regeln, die der Vereinheitlichung dienen“, meinte er direkt zu Michou. „Wir stellen täglich in den Kanzleien fest, dass Bürger die Rechtssicherheit brauchen. Wir haben es wirklich eilig.“ In den ersten Verordnungen dazu sollten jedenfalls Entscheidungen der Betroffenen anerkannt und die Notariatsakte angenommen sowie der Begriff des Gerichtsstandes definiert wer-

den. Eine Harmonisierung des Eherechts sei schon dringend und schwierig genug, doch hinsichtlich der Partnerschaften seien die Gesetze in Europa „noch unübersichtlicher“: „Wir sehen das täglich und beobachten sehr schmerzhaft Situationen, insbesondere, wenn es um Kinder geht“, berichtete Tarrade. Michou war – einmal mehr – aufmerksame Zuhörerin, musste aber neuerlich auf einen wesentlichen Umstand hinweisen: „Für eine Regelung brauchen wir alle 28 Mitgliedsstaaten.“

STUDIEN

Bei den Europäischen Notarentagen wurden – zusätzlich zu den einzelnen Statements – zwei wesentliche Expertisen zum Wert und zur Bedeutung des Notariats in Europa vorgelegt:

Christian Helmenstein, Mitglied des Vorstands des Economica Instituts für Wirtschaftsforschung in Wien, präsentierte die von ihm erstellte Studie „Civil Law Notaries in Europe – An Empirical Analysis“. Ergänzend zu diesem Bericht finden Sie die Folien zu dem Vortrag auf www.notar.at, dem neu gestalteten Internetauftritt des österreichischen Notariats.

Irakli Adeishvili, Vizepräsident der Europäischen Kommission für die Wirksamkeit der Justiz (CEPEJ), berichtete aus dem aktuellen fünften Report der vom Europarat geschaffenen Kommission. Notariate seien in allen 47 erfassten Staaten eingerichtet, diese hätten eine wesentliche Bedeutung in der vorsorgenden Rechtspflege. Allerdings seien die Formen der Notariate stark unterschiedlich ausgeprägt. Die Berufsgruppe der Notare gehöre in den meisten Staaten des Europarates zu den Vorreitern in der elektronischen Daten- und Aktenverarbeitung.